

Hohenstein-Ernstthal Tagesblatt

Amtsblatt

Anzeiger



für
das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für
Hohenstein-Ernstthal mit Sättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Rangschütz, Callenberg, Grumbach, Eirschheim, Ruffschappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruffdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 9.75 Mk., monatlich 3.25 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 9.75 Mk., monatlich 3.25 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 10.65 Mk., monatlich 3.55 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.
Postfach-Konto: Leipzig 23464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgefallene Korpusgröße 60 Pfg., auswärts 60 Pfg., im Reklameteil 1.25 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßiger Nachlässe. Anzeigenaufgabe durch Kernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Bei zwangswise Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 57

Mittwoch, 10. März 1920

70. Jahrg.

Sachminister, nicht Parteiminister.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

In der kommenden Woche fällt die Entscheidung im Erzberger-Prozess und damit ist der Rücktritt des bisherigen Reichsfinanzministers nur noch eine Frage von Tagen. Denn in allen Parteien der Nationalversammlung ist man sich einig, daß Erzberger politisch ein toter Mann ist. In parlamentarischen Kreisen sieht man der Neugestaltung des Kabinetts mit einiger Nervosität entgegen. Das ungemein wichtige Reichsfinanzministerium ist seit Wochen unbesetzt, weil man den geeigneten Mann nicht finden kann. Für den Reichsfinanzminister weiß man noch keinen Nachfolger und um den Posten des Reichsverkehrsministers stehen Dr. Bell und Defer in Konkurrenz. Im Reichswirtschaftsministerium erscheint Robert Schmidt den ungeheuren Aufgaben nicht gewachsen. Doch fehlt es auch hier an einem Mann, der sich der dortigen Nachfolge im Reichswirtschaftsministerium unterziehen würde. Daß Deutschland zurzeit außenpolitisch durch Hermann Müller nicht genügend vertreten wird und daß wir gerade jetzt einen Minister des Neuzugens brauchen, der in der diplomatischen Welt des Auslandes Respekt weckt, wie kein anderer, liegt klar auf der Hand. Es sind also eine ganze Reihe von Ministerposten vakant. Aber es fehlt an Männern, die zu besetzen. Man sucht innerhalb der Parteien, um dann schließlich wieder an die Stelle des einen Ungeeigneten einen anderen Unzulänglichen zu setzen. Es ist das selbige Spiel, das sich in der Nationalversammlung seit dem Tage von Weimar immer und immer wiederholt, daß alles, aber auch alles, selbst die wichtigsten Fragen nicht vom Standpunkt des allgemeinen Volksinteresses, sondern durch die Parteibrille angesehen wird. Die eine Partei wagt eifrigst darüber, daß die andere auf keinen Fall einen Minister mehr im Kabinett hat, als ihr nach dem Stärkeverhältnis zusteht. So entsteht eine förmliche Minister-Jagd. Anstatt von dem Standpunkt auszugehen, der rechte Mann an den rechten Platz, anstatt Bethmann Hollwegs Wort: freie Bahn dem Tüchtigen, wahr zu machen, werden die Ministerstühle wieder hübsch der Reihe nach verteilt: Zentrum, Demokratie, Sozialdemokratie. Dabei ist die Ansicht in parlamentarischen Kreisen ganz allgemein vertreten, daß nur noch Sachminister Deutschland aus seiner jetzigen Lage retten können. Andererseits fürchtet aber jede Partei, einen solchen Mann vorzuschlagen, weil sie dann im Ministerrat nicht durch einen gewiegten Parlamentarier vertreten ist. Deutschland braucht eine Koalitionsregierung, aber die Koalition — die an sich gewiß kein Ideal ist — muß nun auch einmal beweisen, daß sie regieren kann. Mit den bisher beliebten Koalitionsmitteln ist unseiner Vaterlande nicht mehr zu helfen. Es muß endlich reine Bahn geschaffen werden. Die große zieldienliche Linie fehlt und dazu braucht man Männer, die etwas können, Fachleute, und nicht im Parteikampf beschlagene Parlamentarier.

Prozess Erzberger — Helfferich

Berlin, 8. März.

In der heutigen Verhandlung des Erzberger-Prozesses ergriß Erzberger, nachdem die Repliken und Gegenrepliken der Anklagevertreter und Verteidiger längere Zeit in Anspruch genommen hatten, selbst das Wort zu einer Verteidigungsrede, in der er ausführte: Der Kampf gegen seine Person gelte der Demokratie. Im Juli 1917 wollte er unser Volk aufklären. Seine Aktion war die Rettung vor dem drohenden inneren Zusammenbruch. Die Oktoberrevolution von 1918 war ein großer Sieg der Demokratie. Zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes habe er sich nicht gedrängt, sondern sich der Notwendigkeit gebeugt. Hindenburg habe ihm damals telegraphisch, gelinge die Durchführung der Punkte nicht, in denen eine Erleichterung angestrebt wurde, so wäre trotzdem abzuschließen. Die Wichtigkeit dieser Auffassung habe die Folgezeit bestätigt. Erzberger bespricht dann die umfangreiche Gesetzgebung, die nach seinem Eintritt in das Reichsfinanzministerium geschaffen worden sei, und wendet sich dann gegen die wider ihn erhobenen Vorwürfe bezüglich seiner Tätigkeit als Abgeordneter. Das vor Gericht entrollte Bild seiner Persönlichkeit sei ein

abstoßendes Zerrbild. Erzberger tritt sodann dem Staatsanwalt entgegen und bestreitet, daß eine Verquickung von Politik und Geschäft erwiesen worden sei. Er habe Millionen verdienen können, aber er habe es abgelehnt und nur durch ehrliche Arbeit ein ganz bescheidenes Vermögen erworben. Sein ganzes Sein und Wollen sei dem Vaterlande, der Kirche und den Hilfsbedürftigen gewidmet gewesen.

Helfferich erwidert Erzberger, indem er die Behauptung des Nebenklägers zurückweist, daß es ihm an Verantwortungsfähigkeit gefehlt hätte. Gegenüber dem Versuch, ihm das Attentat des jungen Hirschfeld an die Rockschöße zu hängen, betont Helfferich mit größter Bestimmtheit, er mache sich nicht zum Verteidiger des Mordmörders. Starke Zweifel an der Charakterfestigkeit Erzbergers seien ihm schon vor seinem Fortgang nach dem Orient gekommen. Als er Erzberger im Kriege wieder sah, habe er sofort gegen seine Tätigkeit als Propagandachef die größten Bedenken gehabt. Die erste Jahreshälfte 1917 sei seine (Helfferichs) furchtbare Zeit gewesen. In der Regierung wußten damals alle, wie nahe wir dem Frieden waren. Da habe Erzberger mit seiner Friedensresolution eingegriffen. Er, Helfferich, habe den damaligen Wahnsinn vergeblich bekämpft. Einflüsse von Wien und vielleicht auch andere Einflüsse waren stärker als die Vernunft.

Die Verhandlung wurde darauf auf Freitag 9 1/2 Uhr vertagt. Man nimmt an, daß es gleich zur Urteilsverkündung kommen wird.

Für und gegen die Revision des Versailler Vertrags.

Wie „Daily News“ meldet, sprach Lord Grey in einer Versammlung der liberalen Wählergesellschaft in Glasgow. Grey führte unter dem Beifall seiner Zuhörer aus: Die Bewegung für Revision des Versailler Vertrags werde so lange durch die liberale Partei Englands gehen, bis die Alliierten die Unmöglichkeit der Durchführung des Versailler Vertrags einsehen. Die Forderung nach Revision bedeute kein Mitleid mit Deutschland, sondern nur Rücksicht auf die Interessen der Alliierten und auf die Ziele, für die England in den Kampf getreten sei.

Daß England kein Mitleid mit uns hat, braucht Lord Grey nicht zu versichern. Wir alle wissen, daß England als Anführer des Völkervertrages lediglich unseren politischen und wirtschaftlichen Untergang im Auge hat. Aber die Herren über dem Kanal sehen allmählich ein, daß unser Untergang auch unsere heutigen Feinde mit ins Verderben ziehen würde und suchen darum trampschaft nach Mitteln, uns wenigstens eine Slavenerkennung zu ermöglichen, um nicht selbst dem Untergang zu verfallen.

Andererseits klingt es aus Frankreich. Wie die amtliche französische Nachrichtenstelle mitteilt, dauern die Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen, um das vorbereitete Wirtschafsabkommen zum Abschluß zu bringen, fort. Der Entwurf enthält eine Reihe von Vorschlägen, um der wirtschaftlichen Krise abzuhelfen. Die französische Regierung hat sich hauptsächlich gegen die Stelle verwahrt, die von der Revision des Versailler Vertrags handelt und der Wiedergutmachungskommission ihre Vorrechte am Vertrag nimmt, sowie Deutschland die Freiheit läßt, über die Ausdehnung seiner Verpflichtungen zu bestimmen. Der Oberste Rat, der bis zur Abreise Mittis in London tagte, hat ihre Einwendungen zu Recht erkannt und hält die Verantwortung der Wiedergutmachungskommission vollständig aufrecht. Er fügte eine Stelle hinzu, in der die Wichtigkeit der Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete hervorgehoben wird. Ueber andere Punkte derselben Frage werden die Verhandlungen noch fortgesetzt.

In Frankreich sind nach wie vor Haß und Rachsucht die treibenden Kräfte, welche alle Vermittlung ersticken. Es will nicht einsehen, daß der Versailler Vertrag nicht erfüllt werden kann, und sucht immer noch nach einer Handhabe, um die Rheinlande dauernd in Besitz zu nehmen. Der Widerstand, den ihm England, Amerika und Italien hier entgegensetzen, gibt uns die Gewähr, daß die amexionistischen Pläne der Franzosen ewiges Hoffen bleiben werden.

Die gefährdete Brotversorgung.

In einer Sitzung des Lebensmittelverbandes Berlins wurde mitgeteilt, daß die Brotä

an Brotgetreide höchstens bis Ende dieses Monats reichen würden. Die zuständigen Reichsstellen seien auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht worden.

Die Anleihe an Deutschland.
Die Verhandlungen der Alliierten über die Höhe der an Deutschland zu bewilligenden internationalen Anleihe sind, so wird aus französischer Quelle gemeldet, formell abgeschlossen. Die Anleihe wird unter Bedingungen und Sicherheiten an Deutschland gegeben, über die in Paris zurzeit weiter verhandelt wird.

Die Eisenbahner gegen die Beamten-Befoldungsreform.

Wie aus Berlin berichtet wird, sprachen sich die Eisenbahnerverbände der letzten Tage für eine Gegenaktion wider die geplante Beamtenbefoldungsreform aus. Es wurde von mehreren Rednern wieder einmal mit einem allgemeinen Eisenbahnerstreik für das Frühjahr gedroht, falls die Zurücksetzung der Eisenbahnarbeiter hinter die Beamten nicht aufhöre.

Die Telefon-Zwangsanleihe.

Der Verkehrsbeitrag im Reichspostministerium hat auch dem in der Sitzung am 2. d. M. unerledigt gebliebenen Antrag des Reichspostministers, von jedem Inhaber eines Fernsprech-Anschlusses 1000 Mark zur Wiederinstandsetzung der Betriebsanlagen einzuziehen, am Sonnabend seine Zustimmung erteilt.

Ein peinlicher Zwischenfall.

In der Nacht zum Sonntag hat sich im Hotel Adlon, dem Hauptquartier der verschiedenen, besonders der französischen Kommissionen, die sich zurzeit in Berlin aufhalten, eine höchst peinliche Szene abgespielt, die für die zunächst Beteiligten nicht ohne Folgen bleiben wird.

In den Restaurationsräumen des Hotels hat man um 11 Uhr von der Wirtin Deutschland, Deutschland über alles... spielen lassen. Die Anwesenden haben sich dabei von den Plätzen erhoben, und als zwei Franzosen und die Gattin eines französischen Hauptmanns sitzen geblieben, soll der Prinz Joachim Albrecht von Hohenzollern eine Blumenwase auf den Tisch der Franzosen geschleudert haben und andere Gäste sollen sie barsch zum Aufstehen aufgefordert und sie dann mit Gläsern und Flaschen bombardiert haben. Es kam zu Tätlichkeiten, bei denen die französischen Herren Beulen und Quetschungen davontrugen.

Das Auswärtige Amt hat sich Montag vormittag nach dem Befinden der Verletzten erkundigt und ihnen das Bedauern über den Vorfall ausgesprochen. Gegen Mittag sprachen der französische Geschäftsträger und der General Kollet in der Angelegenheit beim Außenminister vor. Minister Müller drückte ihnen das Bedauern der Regierung aus, er erklärte, daß eine strenge Untersuchung des Falles eingeleitet werden sei und die Schuldigen bestraft werden würden.

Dem Reichswehrminister wurde von dem Vorfall am Sonntag Meldung erteilt. Er gab darauf sofort dem Polizeipräsidenten den Auftrag, den Sachverhalt festzustellen. Auf den summarischen Bericht hin ordnete er die Festnahme des Prinzen Joachim Albrecht von Preußen an. Der Prinz bestreitet, an der Kadavere irgendwie beteiligt gewesen zu sein. Der Prinz wurde zunächst unter Bewachung gestellt und später in Schutzhaft gebracht. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit haben die Staatsanwaltschaft und die Polizei übernommen.

Von einem Augenzeugen wird der „Tel. Union“ über den Vorfall mit der Bitte berichtet, auch diese Darstellung aus Billigkeitsgründen zur Veröffentlichung zu bringen. Zunächst wird festgestellt, daß sich Prinz Joachim Albrecht in keiner Weise an den Tätlichkeiten beteiligen, zu denen es leider gekommen ist, beteiligt hat. Es wird weiter behauptet, daß der eine Herr der französischen Mission ostentativ sitzen blieb, während drei andere Mitglieder, der Situation Rechnung tragend, den Saal unauffällig verließen. Plötzlich sprang der sitzgebliebene Herr vom Tisch auf und schlug einem neben ihm stehenden Herrn mit der Faust ins Gesicht, worauf das Publikum in berechtigter Empörung

zur Selbsthilfe griff. Der französische Herr wurde gezwungen, sofort den Saal zu verlassen.

Daß der Prinz an den Vorgängen, die im übrigen auch von den nationalen Blättern streng verurteilt werden, gar nicht teilgenommen habe, wird jetzt auch von zahlreichen Anwesenden bestätigt. Ueber die Dinge selbst schreibt ein Herr v. Winterfeld dem „Berl. Bot.-Anz.“: „Die Schuld an den bedauerlichen Ausschreitungen liegt ganz zweifelsohne in dem provozierenden Verhalten der Franzosen. Diese jähren sich in allen Hotels als die Sieger und benehmen sich direkt aufreizend. Im Gegensatz hierzu benehmen sich die hier weilenden Engländer und Amerikaner sehr zuvorkommend. Sie achten unsere Nationalgefühle und erheben sich fast ausnahmslos bei väterländischen Kundgebungen von ihren Plätzen. So auch am Sonnabend im Hotel Adlon. Deshalb muß die gefärbte Darstellung des Vorfalles jeden Rechtsdenkenden empören.“

Eine neue Verbandsnote in der Kaiserfrage?

Nach einer Londoner Meldung vom Sonnabend sprach Lord George über die Holland-Note in der Kaiserfrage, daß die Note eine neue Antwort der Alliierten notwendig mache. Ohne reale Garantien für die Unschädlichkeit der früheren Kaiser sei die Angelegenheit für die Alliierten nicht als erledigt anzusehen.

Die Ueberfiedelung des Kaisers nach Doorn.

„Daily Mail“ meldet aus Amerongen: Der Kaiser wird Anfang April zum dauernden Aufenthalt von Amerongen nach Schloss Doorn überfiedeln. Der Kaiser und die Kaiserin halten sich schon seit Wochen meist in der Umgebung des Schlosses Doorn auf, um bei den Bauarbeiten zugegen zu sein. Auf besonderes Verlangen des Kaisers werden um das Gebäude zwei Drahtzäune und eine Ziegelsteinmauer geführt, um ihn vor Neugierigen zu schützen. In dem kleinen Dorfe Doorn, das den ehemaligen Herrscher bereits als Mitbürger ansieht, sind die Bodenpreise um 50 Prozent gestiegen, seitdem das Schloss von Kaiser Wilhelm gekauft ist.

Der „Gistbaum“

Die „Katastrophenhaufe“ an der Berliner Börse, die auf der Entwertung der deutschen Valuta aufgebaut war, hat durch die Ankündigung der Auslandsanleihe einen argen Stoß erlitten. Zu einem Börsensturz, wie er am Sonnabend abend in Spekulantenkreisen erwartet wurde, ist es zwar noch nicht gekommen. Eine gründliche Ermüdung ist aber dem Taumel der letzten Wochen gefolgt, starkes Angebot von Wertpapieren und beträchtliche Kursrückgänge lassen erkennen, daß den zahlreichen Spielern aller Gesellschaftsklassen, die sich unbefugterweise an Börsengeschäften beteiligen, der Boden unter den Füßen heiß zu werden beginnt. Tatsächlich ist das Angebot einer internationalen Anleihe zur Stützung Deutschlands noch lange kein Grund, um auf eine nachhaltige Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse rechnen zu können, aber ebensovienig hat die bisherige Spekulation auf den Ruin des Reiches, soweit sie in übertriebenen Wertpapierkurven zum Ausdruck gelangte, irgendwelche Berechtigung. Eine Reinigung ist dringend nötig betreffs der Reichsfinanzwirtschaft, und nicht minder auf dem Markt der Wertpapiere, wofür die schwache Börse am Montag vielleicht als ein erster beachtender Schritt gelten kann. Dieser Reinigungsprozess wird auf Schwierigkeiten stoßen, weil die Großbanken die nächsten vier Börsentage die Annahme neuer Aufträge abgelehnt haben. Infolgedessen wird es manchem Spieler schwer sein, jetzt aus der Kaufselbst, in der er sitzt, herauszukommen.

Englands Herrschaft in der Ostsee.

„Dagens Tidning“ schreibt: Ein britischer Gouverneur residiert in Danzig. In Rewal arbeitet man an britischen Werften, und an der ganzen Ostseeküste spricht man von Englands „höchst legitimer Notwendigkeit“, maritime Stützpunkte zu errichten, um die bedrohten Kleinstaten an der Ostsee zu beschützen. Englands Streben ist fraglos darauf gerichtet, die baltische Seezone an sich zu reißen und die Ostsee zu einem britischen geschlossenen Meer zu machen. Worauf diese Politik hinausläuft, ist jetzt kein Geheimnis